



Das Seeferienheim des Evangelischen Kirchenkreises auf Juist soll möglicherweise deutlich verkleinert werden.

RN-FOTO (A) SCHÜTZ

Entscheidung über neuen Kurs

Der Entscheidungsprozess zur Zukunft des Evangelischen Seeferienheims auf der Insel Juist geht auf die Zielgerade. Die Unterstützer des Feriendomizils hoffen darauf, Gehör zu finden.



Vertreter des Unterstützerkreises für das Seeferienheim Juist übergaben Listen mit 2144 Unterschriften an die stellv. Superintendentin Andrea Auras-Reiffen (r.).

RN-FOTO VOLMERICH

lage für eine irgendwann anstehende Sanierung mehr gebildet.

Immerhin machte man sich unter anderem mit einer 2011 gebildeten Projektgruppe immer wieder Gedanken über das Seeferienheim, vergab gleich mehrere Gutachten. Eines der Ergebnisse: Angesichts des über viele Jahre entstandenen Sanierungsstaus und der nötigen Investitionen sei ein wirtschaftlicher Betrieb des Hauses nicht zu erwarten. Das hätten auch Gespräche mit Betreibern anderer „evangelischer Häuser“ an der Nordsee gezeigt. Die Fans des Seeferienheims haben allerdings Zweifel, ob wirklich alle Optionen für einen weitestgehenden Erhalt

des bisherigen Angebots ausreichend geprüft wurden und fordern mehr Zeit für eine Entscheidungsfindung.

Zeitplan steht

Der Zeitplan der Kirchenleitung ist indes eng getaktet. Inzwischen laufen die Beratungen in den Presbyterien der Gemeinden und diversen Fachausschüssen des Kirchenkreises. Ende Oktober soll der Finanzausschuss eine Empfehlung abgeben, über die dann Anfang November auf einer Synodalversammlung diskutiert wird. Einen Tag später will der Kreissynodalvorstand dann einen Beschlussvorschlag an die Synode, die am 26. November tagt, auf den Weg bringen.

Die Forderung des Unterstützerkreises für das Seeferienheim ist, dass die Mitglieder der Synode im Vorfeld auch über ihre Position und Argumente informiert werden – und dass ein eigener Antrag für den Erhalt des Seeferienheims rechtzeitig auf den Weg gebracht werden kann. Es ist nun Sache des Kreissynodalvorstands, den Weg dafür frei zu machen.

„Auf der Synode wird es auf jeden Fall ausreichend Zeit für die Beratung geben“, verspricht Andrea Auras-Reiffen den Vertretern des Unterstützerkreises. Welches Gewicht dabei die mehr als 2000 gesammelten Unterschriften am Ende haben, bleibt abzuwarten.

Von Oliver Volmerich

Sie geben nicht auf: 2144 Unterschriften für die Rettung des Seeferienheims auf Juist übergaben Vertreter einer Initiative Ende vergangener Woche an die stellvertretende Superintendentin des Evangelischen Kirchenkreises Andrea Auras-Reiffen – verziert mit einem selbstgebastelten Modell der Insel Juist mit vier Häusern. Dieses Ensemble zu erhalten, ist das Ziel der Initiative, zu der vor allem Stammgäste und ehrenamtliche Helfer der kirchlichen Freizeiten auf der Nordsee-Insel gehören. Seit Juli hatte die Initiative eifrig Unterstützer-Unterschriften gesammelt und vor allem mit ihrer Online-Petition im Internet viel Zuspruch bekommen. „Wie wohl tausende andere Menschen verbinde ich mit dem Seeferienheim auf Juist schönste Kindheitserinnerungen“, schreibt ein Unterstützer. Gerade Kirche müsse und sollte in diesen Zeiten Oasen erhalten, „die Menschen eine Auszeit zur Besinnung, ein Wieder-zu-sich-Kommen ermöglicht.“ Andere erinnern an den christlich-sozialen Auftrag der Kirche.

Das Problem: Die vier Häuser, die das Seeferienheim bilden, sind in die Jahre gekommen, entsprechen in vielen Punkten nicht mehr modernen Standards. Das „Dellertshaus“, Keimzelle des 1929 entstandenen Seeferienheims, bietet Betten für 138 Kinder und Jugendliche in Vier- bis Acht-Bett-Zimmern. Dazu kommen das „Dünenhaus“ mit 39 Betten in Einzel- und Doppelzimmern, die für Familien- und Seniorenfreizeiten genutzt werden, ein Wirtschaftsgebäude mit Küche und Speisesälen und das „Wattshaus“, das als Wohnhaus für das Personal des See-

ferienheims genutzt wird.

Der Sanierungsbedarf sei hoch, die Nutzung des Ferienheims durch Gruppen aus den Gemeinden des Kirchenkreises seit Jahren stark rückläufig, erklären die stellvertretenden Superintendenden Andrea Auras-Reiffen und Michael Stach in einem Schreiben an die Mitglieder der Synode. „Teile des Seeferienheims, besonders das Dellertshaus, das Wirtschafts- und das Personalgebäude lassen sich im derzeitigen Zustand nicht mehr weiterführen“.

„Kleine Lösung“

Die Synode des Kirchenkreises als „Kirchenparlament“ mit Vertretern aus allen evangelischen Kirchengemeinden in Dortmund, Lünen und Selm soll Ende November über die Zukunft des Seeferienheims entscheiden. Der Beschlussvorschlag der Kirchenleitung liegt noch nicht auf dem Tisch. Aber die Richtung lässt sich bereits erahnen: Um ein Haus zu retten, sollen drei Gebäude des Gesamtkomplexes aufgegeben und verkauft werden. Mit dem Erlös soll dann die Sanierung des verbleibenden Hauses finanziert werden, das künftig ohne Personal und Vollverpflegung als Domizil für Freizeiten mit 60 bis 80 Betten oder als Appartement-Haus betrieben werden soll.

Auf Basis einer Machbarkeitsstudie für diese „kleine

Lösung“ hat der Kreissynodalvorstand – ein gewähltes Gremium, das zwischen den Synoden die Alltagsgeschäfte des Kirchenkreises führt – bereits im Juli ein bautechnisches Gutachten und einen Architektenentwurf für den Umbau des Dellertshauses in Auftrag gegeben. Zugleich sollen der Wert der übrigen Flächen ermittelt und ihre mögliche Vermarktung geprüft werden.

Über mangelnde Information, einem Vorwurf, dem sich die Kirchenleitung im Sommer ausgesetzt sah, können sich die Synodalen inzwischen nicht mehr beklagen. In mehreren Schreiben hat die Kirchenleitung in den letzten Monaten die Hintergründe und das Verfahren zum Umgang mit dem Seeferienheim dargelegt – bis hin zu einer Chronik, die bis ins Jahr 1997 zurückreicht. Denn schon damals machte man sich angesichts einbrechender Kirchensteuer-Einnahmen Gedanken über Einsparungen.

Weitreichende Konsequenzen hatte die 2006 getroffene Entscheidung der Evangelischen Kirche, dass das Seeferienheim wie andere kirchliche Einrichtungen angesichts akuter Finanznot wirtschaftlich geführt werden muss – also keine Unterstützung aus Kirchensteuer-Mitteln mehr bekommt. Die Folge: Es wurde kaum noch Geld in die Instandhaltung gesteckt und auch keine finanzielle Rück-